

## **UWG-Fraktion, Corinna Weinhold:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr verehrte Ratskolleginnen,  
sehr geehrte Ratskollegen,  
liebe Vertreter der Presse,  
meine Damen und Herren.

Seit Jahrzehnten werden bekanntlich immer wieder Finanzierungsrisiken auf die kommunale Ebene abgewälzt, während Bund und Land durch die Pauschalfinanzierung eine größere Planungssicherheit haben.

Da Übach-Palenberg Stärkungspakt-Kommune ist, wird uns von der Aufsichtsbehörde bei allen Konsolidierungsmaßnahmen vorgeschrieben, was wir zu tun und zu lassen haben. Auf kommunaler Ebene gibt es so gut wie keine Handlungsspielräume mehr.

Die Feststellung "unser Haushalt hat viele positive Kennzahlen" wird nach Auffassung der UWG dadurch ad absurdum geführt. Die vorhandenen Fehlbeträge können auf Dauer weder durch Standardreduzierungen noch durch Standardabbau aufgefangen werden. Bis 2020 ist Übach-Palenberg bekanntlich verpflichtet, einen funktionierenden Haushaltssanierungsplan aufzustellen, einzureichen und durch den Regierungspräsidenten genehmigen zu lassen. Sollte in 2016 die Gewerbesteuer geringer ausfallen als geplant, die Zinsbelastungen steigen, die Flüchtlingszuweisungen weiter zunehmen, oder der Prozess zu den Swap-Geschäften verloren werden, dann gute Nacht Übach-Palenberg!

Was bleibt dann noch von unserem Meisterstück der Haushaltssatzung übrig? Wie sollen die im Haushalt vorgesehenen Investitionen in Höhe von 15,5 Millionen € umgesetzt werden? Wie sollen wir die Schulsanierungen in Höhe von 4,7Mill.€ schultern?

Die Selbstverwaltung einer Kommune wie Übach-Palenberg hängt davon ab, wie weit sie handlungsfähig ist. Zur Handlungsfähigkeit gehören Einnahmen, die im Bereich der freiwilligen Leistungen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, bestmöglich eingesetzt werden können. Da Kommunen bekanntlich keine Gewinne wie Unternehmen erwirtschaften können, bleiben nur Steuerungsinstrumente für Einnahmen die sehr begrenzt sind. (Gewerbesteuer, Hundesteuer, Vergnügungssteuer, Grundsteuer, Eintrittspreise, Gebühren.)

Auf der anderen Seite unterliegen Abgaben (Kreisumlage) und Zuwendungen (Schlüsselzuweisungen des Landes) nicht dem Einfluss der Kommunen. Die Kommune ist damit das Ende der finanziellen Nahrungskette.

Was bedeutet das für unsere Stadt Übach-Palenberg?

1. Einschränkung der Entscheidungsspielräume durch den Stärkungspakt. (Regierungspräsident)
2. Kreisumlage (Erhöhung um 1,4 Mill. €)
3. Reduzierung der Schlüsselzuweisungen
4. Übernahme weiterer zusätzlicher unvorhergesehener Aufgaben in der Flüchtlingspolitik mit kaum berechenbaren Belastungen.

5. Überstrapazierte Mitarbeiter in der Stadtverwaltung bei der Bewältigung dieses Problems.

Was sagen die vorgelegten Zahlen zum Haushalt 2016?

Nach Meinung der UWG sollte unseren Bürgerinnen und Bürgern in Übach-Palenberg mit der vorgesehenen drastischen Erhöhung der Grundsteuer B von der Verwaltung erklärt werden, dass folgende Maßnahmen zu dieser Erhöhung geführt haben.

4,7 Mio. € für die Beseitigung des Unterhalts und Instandhaltungsstaus

3,3 Mio. € für den geplanten Kreditabbau

15,5 Mio.€ für die Entwicklung weiterer Gewerbegebiete,

4,1 Mio. € für Infrastrukturmaßnahmen Kanal/Straßen/(Wege

Dies entspricht einem Gesamtaufwand von 27,6 Mio. €

Das macht deutlich, dass wir noch immer die Zeche für den angehäuften Sanierungsstau vergangener Jahre teuer bezahlen müssen.

Auf der anderen Seite ist der Abschluss mit dem Wasserversorger Enwor ein Glücksfall. In dieser Situation konnte bei der Konzessionsvergabe an der Einnahmeschraube gedreht werden. An dieser Stelle gilt der Dank der UWG unserem Kämmerer Herrn Beeck und seinen Mitarbeitern für die geschickte Verhandlung. Dadurch verfügt unsere Stadt für die nächsten 2-3 Jahrzehnte über zusätzliche ca.600.000 € pro Jahr.

Was bedeutet dieser grundsätzliche Abschluss mit Enwor für unsere Einwohner?

Dieses zusätzliche Geld kann für die Reduzierung der Defizite vom Schwimmbad verwendet werden. Hier ist die UWG der Meinung, dass alle Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt das Recht haben, selbst zu entscheiden, ob das Geld dafür verwendet werden soll.

Natürlich ist sich die UWG darüber im Klaren, dass neben allen anderen Einflussfaktoren die Flüchtlingsproblematik auf Dauer den Haushalt verhagelt. So haben wir bis heute keinerlei Erfahrungen in wieweit Kosten im Zusammenhang mit der Flüchtlingsbewältigung weitere Löcher in den Kommunalen Haushalt reißen werden, z.B. bei der Gesundheitsversorgung oder der Mietnebenkostenabrechnung. Während die etablierten Parteien, wie CDU und SPD auf die oberen Instanzen in ihren Reihen Rücksicht nehmen müssen, ist die UWG nachwievor unabhängig und nur den Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt verpflichtet.

Schade, dass wir bei der diesjährigen Haushaltsverabschiedung das Orakel von Delphi nicht befragen können, denn dann könnte man vielleicht für das Jahr 2016 eine möglicherweise brauchbare Prognose für Übach-Palenberg stellen. Da das leider nicht geht, wissen wir definitiv nicht, was in Zukunft auf uns zukommen wird.

Im Lichte der heute bekannten Faktoren stimmt die UWG dem vorliegenden Haushaltsentwurf zu, in der Hoffnung, dass ein mögliches Schreckensszenario für das Jahr 2016 ausbleibt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.